

NEUIGKEITEN AUS DER REGION HANNOVER

DIE REGION HANNOVER. WEITER AUF ERFOLGSKURS.



Dezember 2020

**Liebe Leserinnen,
liebe Leser,**

der Haushalt 2021 für die Region Hannover ist am Dienstag in der Regionsversammlung verabschiedet worden. Mit diesem Newsletter möchten wir Sie über eine Reihe wichtiger Ergebnisse informieren.

Viel Spaß beim Lesen.
(Uns gibt es *hier* jetzt auch bei Facebook)



Silke Gardlo

Silke Gardlo | Fraktionsvorsitzende

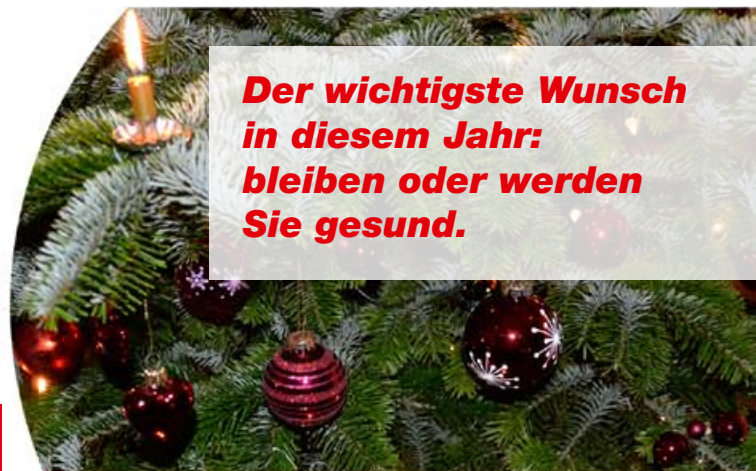
Neue Corona-Hotlines bei Region und Land

Region Hannover:

zu Fragen rund um die Corona-Pandemie | Rufnummer 0511 3003434
Erreichbarkeit: werktags (außer am 24.12. und 31.12.) von 8 bis 16 Uhr

Land Niedersachsen:

zu Fragen rund um die Covid-19-Impfung | Rufnummer 0800 9988665
Erreichbarkeit: montags bis samstags von 8 bis 20 Uhr
(außer an Feiertagen, jedoch an Heiligabend von 8 bis 12 Uhr)



**Der wichtigste Wunsch
in diesem Jahr:
bleiben oder werden
Sie gesund.**

**Die SPD-Regionsfraktion Hannover
wünscht Ihnen die Gelegenheit zu
besinnlichen Weihnachtstagen und ein
gesundes, entspannteres und in jeder
Hinsicht besseres Jahr 2021.**



Regionsversammlung tagt im Kuppelsaal - Haushalt für 2021 verabschiedet

In diesem Jahr fand die letzte Regionsversammlung coronabedingt im Kuppelsaal des HCC statt. Die traditionellen Haushaltsreden der Fraktionen wurden dabei zu einem Großteil nur zu Protokoll gegeben, um die Sitzung zu verkürzen – beschäftigt haben sich aber auch mit der aktuellen Krise.

Denn: was für ein außergewöhnliches Jahr geht nun zu Ende. Seit Anfang 2020 hat Corona die Menschen weltweit fest im Griff und auch in der Region Hannover begleiten uns die

Auswirkungen in praktisch allen Lebens- und Arbeitsbereichen.

Dabei zeigt sich, welche gute Konstruktion die Region Hannover auch und gerade in Krisenzeiten ist und wie gut ihre einzelnen Teile bei der Bewältigung der großen Herausforderungen funktionieren.

Die Region Hannover ist dabei allen Aufgaben der Daseinsvorsorge, für die sie zuständig ist, bestmöglich und mit hoher Flexibilität nachgekommen. So war

z.B. beim Erhalt der medizinischen und pflegerischen Versorgung, dem Aufrechterhalten des ÖPNV, bei der Abfallentsorgung und natürlich im Gesundheitsamt das große Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Garantie für die bis jetzt gute Bewältigung der Krise in der Region Hannover – Ihnen allen gebührt unser großer Respekt und Dank für ihren Einsatz.

Mit der Regionsumlage hat uns ein Thema im letzten Jahr sehr beschäftigt. In diesem Jahr unterstützt die

SPD-Fraktion den von der Verwaltung vorgeschlagenen Weg der Entlastung der Städte und Gemeinden um insgesamt 45 Mio. € im Rahmen einer Einmalzahlung.

So geben wir die Erhöhung der Schlüsselzuweisungen solidarisch weiter und zeigen damit auch, wie wichtig die Verbindung zwischen der Region Hannover und unseren Regionalkommunen ist.

Schwerpunkte unserer Haushaltsanträge



Die Fraktionsvorsitzende Silke Gardlo spricht im Kuppelsaal

Wirtschaft und Beschäftigung

Grundsätzlich werden die Aufgabenschwerpunkte Digitalisierung und Innovationsberatung sowie Wissens- und Technologietransfer weiter ausgebaut. Mit dem Glasfaserausbau sowie den Planungen für ein Technologietransferzentrum am Maschinenbaucampus Garbsen der Uni Hannover, werden wesentliche Faktoren für eine gute Standortentwicklung geschaffen.

In Anbetracht der allgemeinen Situation zur Bewältigung der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie und zum Erreichen der hoch gesteckten Klimaziele, muss darüber hinaus alles unternommen werden, um die Zukunftsfähigkeit der Region Hannover zu sichern.

Ein wesentlicher Beitrag dafür ist unser Antrag für die Entwicklung eines Regionales Wasserstoffprogrammes. Wir wollen damit, parallel zur Umsetzung der Wasserstoffstrategie der norddeutschen Bundesländer, auf regionaler Ebene Maßstäbe setzen. Ein erfolgreicher Ausbau einer grünen Wasserstoffwirtschaft ist nicht nur eine Entscheidung, die gut für unser Klima ist, sondern auch ein Meilenstein für Wirtschaft und Beschäftigung. Die Region bietet dafür bereits gute Standortbedingungen und gute För-

derprogramme. Es ist uns klar, dass die Entwicklung eines entsprechenden Programmes nicht von heute auf morgen passieren kann, aber wir wollen mit unserem Antrag Zeichen setzen und zeigen, dass dies die richtigen Schritte für eine klimaneutrale Region Hannover sind.

Zur Unterstützung des Forschungscampus Garbsen stellen wir für die Kofinanzierung von Innovations- und Infrastrukturprojekten weitere 500.000 € bereit.

Mit einem Neustart des Veranstaltungs- und Tourismusstandortes müssen neue Wege beschritten und so mit guten Bedingungen die Standortentwicklung gefördert werden.

Besonders am Herzen liegt uns der Aufbau eines Ökotourismusprogramms Steinhuder Meer und Umgebung. Dazu soll ein Maßnahmenprogramm gemeinsam mit allen maßgeblichen Akteuren vor Ort entwickelt werden. Hierbei ist es uns wichtig, dass Naherholung und Naturschutz im Kontext betrachtet werden und sich nicht gegenseitig ausschließen.

Umwelt und Klimaschutz

Das Klima wandelt sich weltweit, wirkt sich aber auch unmittelbar auf die Lebensbedingungen der Region Hannover aus. Mit dem Klimaschutzkonzept für die Verwaltung der Region Hannover ist die wesentliche Grundlage für das Handeln der Regionsverwaltung und die Umsetzung von Maßnahmen im Rahmen des Klimaschutzes geschaffen worden. Auch für uns bleibt die Klimawende nach wie vor ein vorrangiges Ziel der Region. Im letzten Jahr haben wir mit fast allen Fraktionen gemeinsam den so genannten

„Klima in Not“-Antrag mit der Bereitstellung von bis zu 15 Mio. € beschlossen. Jetzt gilt es, die Umsetzung zügig voranzutreiben.

Für eine Konzeptentwicklung für klimafreundliches Aufforstern und den Umbau von Waldflächen sollen 50.000 € bereitgestellt werden.

Auf Grund der großen Nachfrage sollen die Fördermittel für Dach- und Fassadenbegrünung fortgesetzt und die von der Verwaltung gestrichenen 200.000 € wieder eingesetzt werden.

Auch Solarenergie spielt eine wichtige Rolle für das Gelingen der Energiewende und bedarf weiterer Unterstützung, daher sollen für die Förderung von Solaranlagen in der Region Hannover in 2021 zusätzlich 400.000 € und in 2022 zusätzlich 800.000 € bereitgestellt werden.

Darüber hinaus wollen wir aber auch das erfolgreiche Instrument des Vertragsnaturschutzes fortführen. Dieses hat sich bewährt, und immer mehr Landwirtinnen und Landwirte unterstützen durch Anlegen von Blühstreifen den Erhalt bzw. Schaffung der biologischen Vielfalt.

Für die Umsetzung des Klimaschutzanpassungsgesetzes wollen wir mit zusätzlichen Mitteln in Höhe von 100.000 € für Pilotmaßnahmen und Konzepte in den Regionskommunen den Ansatz der Förderrichtlinie „Kommunale Klimafolgenanpassung“ erhöhen.

Der Erhalt und die Weiterentwicklung des Naturfreundehaus in Grafhorn ist uns wichtig. Auch in der Vergangenheit haben wir diese Natur- und kulturhistorische Bildungs- und

Begegnungsstätte mit angeschlossener Herberge positiv begleitet und schätzen das Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Um auf Dauer das „Überleben“ dieser Einrichtung zu sichern, ist ein entsprechendes Konzept erforderlich.

Verkehr

Auch vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie bleibt die Verkehrswende mit der Umsetzung des 10-Punkte-Programms wesentlicher Handlungsschwerpunkt.

Dabei stehen Mobilität und die Verbesserung der Barrierefreiheit im ÖPNV im Vordergrund: Dazu gehören u.a. neue Stadtbahnstrecken, neue S-Bahn-Stationen und zusätzliche Züge, zusätzliche Bike+Ride-Plätze, mehrgeschossige Park+Ride-Anlagen, neue Tarifangebote, Direktbusse in die Innenstadt und der Einsatz von Wasserstoffbussen.

Wir wollen die Nutzung von Lastenfahrrädern für Mieterinnen und Mieter sowie für soziale Initiativen, Vereine und Verbände attraktiver machen und stellen dafür 200.000 € bereit.

Regionalplanung

Die im Haushaltsentwurf veranschlagten Mittel für den Zoo und Planung und Umsetzung von regional bedeutsamen Naherholungsmaßnahmen tragen wir selbstverständlich mit.

Das gilt auch für den Regionalen Kofinanzierungsfonds (REKO), der den Abbau von Strukturschwächen fördert und die im Regionalen Raumordnungsprogramm verankerten räumlich-strukturellen Entwicklungsziele in der Umsetzung unterstützt.

Schwerpunkte unserer Haushaltsanträge

Damit übernimmt die Region Hannover für finanzschwache Städte und Gemeinden, die dafür anteilig erforderlichen Eigenanteile bei Inanspruchnahme von Förderangeboten.

Gleichstellung

Covid-19 hat vor allem für Frauen die Gefährdungssituation zuhause massiv verschärft. Insofern ist es nur richtig und wichtig, dass wir auch weiterhin die Beratungsstellen unterstützen und dabei auch den Fokus auf die physisch und psychische Gesundheit der Frauen und Mädchen, wie bei der zusätzlichen Förderung des FMGZ mit 30.000 €, legen.

Doch nicht nur Männer üben Gewalt aus – der Anteil an Frauen, die gewalttätig gegenüber ihren Partnern sind, hat in den letzten Jahren zugenommen. Mit der Unterstützung des Projektes TäBea im Bildungs- und Therapiezentrum in Höhe von 11.000 € machen wir deutlich, dass wir dieses niedersachsenweit einmalige Projekt für sinnvoll und vorbildlich halten.

Generell hat es sich in der Pandemie gezeigt, dass das Beratungsstellenkonzept ein wirksames Instrument ist, um den Beratungsstellen Planungs- und Finanzierungssicherheit zu bieten. Das wiederum ermöglichte ihnen, während dieser Pandemie weiterhin aktiv bleiben zu können.

Das weite Feld der Gleichstellung schließt auch all diejenigen mit ein, die Hilfe und Unterstützung dahingehend benötigen, die eigene physische, psychische und sexuelle Identität zu definieren, die sich nicht dem binären Geschlechtssystem zuordnen. Die gesamtgesellschaftliche Tendenz zu mehr Verständnis für an-

dere Lebens- und Liebesformen, für Transidentitäten bewirkt mehr Mut zum „Outing“ bei den Betroffenen. Unser Haushaltsantrag zur finanziellen Unterstützung des andersraum e.V. mit 20.000 € greift genau diese Thematik der vermehrten Kommunikations- und Beratungsansprüche von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transmenschen, Queerpeople (LSBTQ) auf. Damit ermöglichen wir dem Verein weiterhin engagiert gegen Diskriminierung vorzugehen und Hilfe und Unterstützung anzubieten.

Integration

Alle Menschen, unabhängig von ihrer Herkunft, sollten gleichgestellt sein in Hinblick auf ihre Chancen, ihren Formen der Teilhabe und Teilnahme. Daher unterstützen wir mit einem Mentoringprogramm den Integrationsauftrag der Region Hannover. Wir wollen mehr Menschen mit Migrationshintergrund für die institutionelle Gremienarbeit in Politik, Verbänden und Vereinen gewinnen, damit diese eine repräsentative Interessenvertretung von Menschen mit Migrationshintergrund darstellen und aktiv und gut sichtbar unsere Gesellschaft mitgestalten.

Jugendarbeitslosigkeit

Wie eingangs erwähnt, ist es unser Anspruch, besonders für diejenigen in der Gesellschaft da zu sein, die sich nicht selbst schützen können oder die unverschuldet in Schwierigkeiten gekommen sind. Nachdem wir über lange Jahre große Erfolge beim Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit erzielt haben, ist die Zahl der Jugendlichen ohne Arbeit während der Corona-Pandemie wieder gestiegen und hat uns auf den höchsten Stand seit über zehn Jahren zurückgeworfen.

Das sind deprimierende und alarmierende Nachrichten. Für uns ist es aber zugleich auch politischer Auftrag. Wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wissen, dass nur, wenn Jugendliche die Schule beenden und durch Ausbildung oder Studium eine berufliche Qualifizierung bekommen, prekären Lebenslagen und Armut nachhaltig vorgebeugt werden kann. Damit wir hier angemessen reagieren können, stellen wir bis 2024 jedes Jahr zusätzlich 500.000 € bereit.

Neben den zusätzlichen Mitteln fordern wir die Verwaltung auf, sich beim Land Niedersachsen dafür einzusetzen, dass sowohl die Jugendwerkstätten, als auch PACE über den Europäischen Sozialfonds über das Jahr 2022 hinaus weiterfinanziert werden.

Obdachlosigkeit

Neben denen, die keine Arbeit haben, gibt es auch die, die kein Zuhause haben. Im letzten Jahr haben wir die Verwaltung beauftragt Gespräche mit der Diakonie darüber zu führen, ob der Kontaktladen Mecki in die alte Polizeiwache umziehen kann. Dann kam Corona und damit kamen noch einmal ganz neue Probleme im Bereich der Wohnungslosigkeit und Obdachlosigkeit auf uns zu. Wir als SPD haben uns für das Projekt in der Jugendherberge und seinen Nachfolger „Plan B – OK“ stark gemacht und sind froh, dass dieses Leuchtturmprojekt inzwischen auf den Weg gebracht werden konnte. Unser Ziel ist es, Wohnungs- und Obdachlosigkeit langfristig zu beseitigen. Damit die Betroffenen wieder längerfristige Perspektiven entwickeln können ist es nötig, die medizinische und auch die psychosoziale Versorgung zu verbessern.

Auch hier haben wir einen entsprechenden Auftrag erteilt und wollen gemeinsam mit den Wohlfahrtsverbänden intensiv an einer Verbesserung der Situation arbeiten.

Jugendhilfe

Auch über die Themen „Jugendarbeitslosigkeit“ und „Obdachlosigkeit“ hinaus setzen wir uns dafür ein, diejenigen zu schützen, die es selbst nicht können. In den letzten Jahren sind immer wieder Fälle von Kindesmissbrauch öffentlich geworden. Wir beauftragen die Verwaltung dazu beizutragen, dass die Verantwortlichen in Kitas, Grundschulen und Vereinen für das Thema noch weiter sensibilisiert werden. In Ergänzung zu bereits bestehenden Angeboten soll mit unserem Antrag dafür gesorgt werden, dass dieses Wissen mindestens einmal im Jahr aufgefrischt werden kann. Um dieses Ziel zu erreichen, sollen Angebote für Erwachsene geschaffen werden, die mit Kindern arbeiten. Diese müssen genügend Handlungssicherheit besitzen, um Anzeichen für Kindesmissbrauch zu entdecken und gegebenenfalls die notwendigen Schritte einzuleiten.

Sichere Schulwege

An der Seite derer, die uns aktuell dringend brauchen, stehen wir auch beim Thema Schülerverkehr. Deshalb haben wir gemeinsam mit CDU, Grünen und FDP beantragt, dass mehr Schulbusse eingesetzt werden sollen, um die Schulwege so sicher, wie möglich zu gestalten.

Aus der Regionsversammlung am 15. Dezember 2020: „Plan B – OK“ beschlossen



Elke Zach | Sozial- und gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Regionsfraktion

In der Regionsversammlung am 15. Dezember 2020 wurde der sogenann-

te „Plan B – OK“, das Orientierungs- und Klärungsangebot für Obdachlose, beschlossen.

Es wird Menschen ohne Obdach ermöglicht zur Ruhe zu kommen. Mit einem eigenen Bett, mit Stuhl, Tisch und Schrank und mit den Möglichkeiten zur persönlichen Hygiene – und dieses 90 Tage lang.

In dieser Zeit kann geklärt werden, ob ein Leistungsanspruch besteht, es werden unterstützende und beratende Maßnahmen angeboten und eingeleitet. Die Menschen können in

dieser Zeit eine Perspektive dargestellt bekommen und in der Jugendherberge und dem Naturfreundehaus haben wir erlebt, dass vielen ganz neue Wege aufgezeigt werden konnte.

Auch insbesondere für Frauen wird es einen Bereich geben, in dem sie ohne Angst zur Ruhe kommen können und sich auf Beraterinnen stützen können.

Interessant an diesem Konzept ist auch, dass eine Überleitung in ein Regelangebot daraus entstehen kann, wenn sich das Projekt als sinnvoll erweist.

Für Menschen ohne Obdach mit ungeklärtem Aufenthaltsstatus ist dieses Angebot ebenfalls gedacht. 30 Tage sind hier für Klärung und Orientierung vorgesehen – bei positiver Klärung wird auf 90 Tage verlängert. Bei dem, was ohne eine positive Klärung passiert, muss sicher nachgebessert werden und wir werden das kritisch begleiten. Aber wir wollen, dass das Projekt startet, damit wir jetzt in der kalten Jahreszeit helfen können - die Menschen warten schon so lange darauf.

Die SPD-Regionsfraktion unterstützt die Aktion Johanniter-Weihnachtstrucker 2020

Bei ihrer letzten Fraktionsitzung vor den Weihnachtsfeiertagen haben die Mitglieder der SPD-Regionsfraktion Hannover 240 € und damit Geld für zehn Päckchen für die Johanniter-Weihnachtstrucker gesammelt.

Alle Informationen zu dieser Aktion und zur Möglichkeit, selber zu spenden gibt es auf: johanniter-weihnachtstrucker.de

Aus der Regionsversammlung am 10. November 2020: Neues Konzept für die Familien- und Erziehungsberatung



Rudolf Alker | Jugendpolitischer Sprecher der SPD-Regionsfraktion

Das in der Regionsversammlung am 10. November 2020 beschlossene neue Konzept für die Familien- und Erziehungsberatung gemeinsam mit den freien Trägern ist ein Schwerpunkt im Rahmen der sozialen Daseinsvorsorge vor allem für junge Menschen und Familien in der Region Hannover.

Mit der Verabschiedung dieser Vorlage vollziehen wir die Ankündigung, trotz

Corona und Einnahmerückgängen in dreistelliger Millionenhöhe an wesentlichen Grundpfeilern der Daseinsvorsorge nicht den Rotstift anzusetzen – im Gegenteil, diese auszubauen.

Die Chancengleichheit für Kinder und Jugendliche immer im Auge zu behalten und diese zu stärken ist ein wesentliches Element des erneuerten Konzeptes. Warum?:

1. Wir verstetigen gemeinsam mit den freien Trägern flächendeckend für alle 21 Kommunen die Grundversorgung bei den Beratungsleistungen und halten in jeder Kommune mindestens ein Angebot vor.

2. Wir verbessern den Personalschlüssel erheblich: Es wird eine Versorgungsquote von 4 Beratungskräften für 10.000 Minderjährige zugrunde gelegt. Der bisherige Schlüssel lag bei

1:3650. Das bedeutet eine Verbesserung um 46%!

3. Für einzelfallübergreifende Präventions- und Vernetzungsaufgaben wie Elternabende an Schulen oder Arbeit mit Multiplikatoren sollen nunmehr 25% der Gesamtarbeitszeit zur Verfügung stehen.

4. Die Fachberatungsstellen mit einem spezialisierten Angebot sind in dem neuen Konzept berücksichtigt. Die Spezialversorgung ist auf die Themen Gewalt - vor allem sexualisierte Gewalt als besonderem Schwerpunkt-, Gender und Sexualität, Verselbstständigung und problematischem Medienkonsum fokussiert. Hier findet eine nicht unerhebliche Personalaufstockung statt.

Der Dank gilt in diesem Zusammenhang noch einmal ausdrücklich den vier Beratungsstellen Mädchenhaus

zwei13, dem Männerbüro, mannigfaltig und Violetta, die durch ihr gemeinsames Schreiben Anfang dieses Jahres uns wichtige Anregungen gegeben und für diese Thematik noch einmal besonders sensibilisiert haben.

Wir denken, in diesem Konzept eine Reihe der vorgebrachten Forderungen aufgenommen zu haben.

Zielgruppe der beschlossenen bedarfsorientierten Versorgung sind nicht zuletzt Alleinerziehende, Kindern mit Mindestsicherungsleistungen und Familien mit Migrationshintergrund. Entsprechend sind in den nächsten Jahren jährliche Mehrausgaben in Höhe zwischen 800.000 und 900.000 € geplant – notwendiges und gut investiertes Geld für unsere Kinder und Jugendlichen.

Gudrun geht...wir werden Dich vermissen.

Unsere langjährige und dienstälteste Mitarbeiterin der SPD-Fraktionsgeschäftsstelle, Gudrun Ahrens, geht Anfang des Jahres in den Vorruhestand und verlässt damit nicht nur die Fraktion, sondern auch Hannover.

Nach der letzten Regionsversammlung haben sich die Fraktionsmitglieder und Gudrun coronabedingt kontaktlos, aber nicht ganz ohne Emotionen voneinander verabschiedet.



Liebe Gudrun, Fraktion und Geschäftsstelle danken Dir für Deine Arbeit, Deine Loyalität und Deine Kollegialität und wünschen Dir und Deiner Familie alles Gute für die Zukunft - wir werden Dich vermissen.

„China, Polen, Israel: Wie wichtig sind Partnerschaften für die Region?“

Die Begegnungen und Reisen sind eine Bereicherung und bieten eine Reflektion der eigenen Tätigkeiten an. Sie haben sich über die Jahre gewandelt, es sind Freundschaften und Projekte, Austauschmöglichkeiten und mehr entstanden. Die personellen Wechsel haben auch immer neue Schwerpunkte entstehen lassen. Besonders die Partnerschaften zur Region Unter-Galiläa aber auch zum Landkreis Posen haben vor dem geschichtlichen Hintergrund und den aktuellen Entwicklungen eine sehr wichtige Funktion.

Die Delegationsreisen – aber vor allem auch der SchülerInnen- und Jugendaustausch – bieten für beide Seiten Einblicke in die Kultur, die Arbeitswelt und das Leben vor Ort, den private Reisen nicht erfüllen können. Wir stehen als Fraktion zu unseren Partnerschaften und Freundschaften und sehen sie als Gewinn für die Region Hannover.

Silke Gardlo
Vorsitzende der
SPD-Regionsfraktion
Hannover

*erschieden im Regionsjournal
am 25. November 2020*

Stellungnahme zu den Aussagen der Fraktion Bündnis90/Die Grünen zur Bewältigung der Pandemielage durch das Gesundheitsamt

Die Corona-Pandemie fordert uns alle. Gerade jetzt müssen wir zusammenstehen, um diese Krise gemeinsam zu bewältigen. Deshalb ist es umso unglücklicher, dass die Grünen jetzt versuchen mit falschen Behauptungen politisches Kapital aus der Krise zu schlagen.

„Es ist schade zu sehen, dass das Wahlkampfgetöse jetzt zu beginnen scheint. Hierzu sind die Zeiten im Moment zu ernst und die Aufgaben zu groß“, meint Silke Gardlo, Fraktionsvorsitzende der SPD-Regionsfraktion. „Wir als große Koalition in der Region Hannover arbeiten aktuell daran, dass die Schülerverkehre pandemiefest gemacht werden, begleiten die Arbeit in den Teststationen und der Aufbau des Impfzentren. Was wir in der Krise brauchen, ist sach- und lösungsorientierte Politik.“

„Polemik in der Krise kennen wir bislang nur von anderen Parteien. Nun probieren es die Grünen auch und

es funktioniert nicht, weil es falsch ist. Angesichts der aktuellen Entwicklung ist gemeinsames Agieren angebracht. Falsche Behauptungen schaden nur und säen unnütze Zweifel am Handeln der Verwaltung. Dennoch ist richtig, dass Vorgänge und Entscheidungen hinterfragt werden. Dafür sind aber andere Mittel zielführender und auch angezeigter, als falsche Behauptungen“, sagt Bernward Schlossarek.

Die vermeintlichen Fakten, lassen sich schnell entkräften. Der Leiter des Gesundheitsamtes etwa ist krank und kann seine Aufgaben deshalb aktuell nicht wahrnehmen. Aus diesem Grund ist die Stelle nicht vakant, weswegen sie auch nicht neu besetzt werden kann. Frau Graf als stellvertretende Leiterin leistet jedoch hervorragende Arbeit. Die Neustrukturierung des Fachbereichs hat hierzu einen entscheidenden Teil beigetragen.

Die für die Schuleingangsuntersuchungen zuständigen Kinderärztinnen und -ärzte mussten zeitweilig im Gesundheitsamt aushelfen, um die Pandemie zu bekämpfen. Untersuchungen für Kinder mit besonderem Förderbedarf sind aber währenddessen weitergelaufen. Parallel dazu wurde das Personal im Gesundheitsamt so geschult, dass die Ärzte und Ärztinnen schnell wieder zurück in die Sozialpädiatrie konnten. Wir als SPD und CDU haben den Prozess die ganze Zeit begleitet. Die Grünen haben hierzu zwar einen Antrag gestellt, diesen aber – da alles zu diesem Zeitpunkt bereits in Arbeit war – im Fachausschuss wieder zurückgezogen.

Im Gesundheitsamt arbeiten aktuell mehr als 300 zusätzliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Sie wurden kurzfristig aus anderen Bereichen der Regionsverwaltung abgeordnet, sind von der Bundeswehr oder der Landesverwaltung und helfen enorm, die Kontakt-

nachverfolgung zu bewältigen. Die zusätzlichen Stellen aus dem Pakt für den öffentlichen Gesundheitsdienst werden kommen, konkret handeln können wir aber erst, wenn das Land grünes Licht gibt.

„Natürlich wollen wir diese Stellen“, resümieren Silke Gardlo und Bernward Schlossarek. „Hier wurde schlicht etwas beantragt, was auf den höheren Ebenen sowieso gerade vorbereitet wird, um es am Ende des Tages für sich reklamieren zu können. Das ist keine Politik, die uns weiterbringt, sondern unnötiger Lärm um nichts. Stattdessen haben wir die zuständigen Dezernate der Verwaltung dabei begleitet, wie sie das Gesundheitsamt massiv ausgebaut, Teststationen aufgebaut und das Impfzentrum errichtet haben. Dies ist aus unserer Sicht die Art von Politik, die die Region Hannover im Moment braucht. Für alles andere haben wir schlicht keine Zeit.“

Impressionen 2020

- 1 Besuch im Erlebnis-Zoo Hannover
- 2 Zu Gast bei der ÜSTRA im Betriebshof Glocksee
- 3 Haushaltsklausur der SPD-Regionsfraktion Hannover in Essel
- 4 Besuch beim Projekt Wohnen und Arbeiten (WundA)
- 5 Silke Gardlo gratuliert Cordula Drautz zur Wahl als neue Dezernentin für Finanzen und Gebäudewirtschaft
- 6 Besuch beim sozialen Unternehmen Einfach Genial
- 7 Besuch der Ausbildungslotsin an der IGS Bothfeld
- 8 Besuch beim Projekt Strom-Spar-Check in Laatzen
- 9 Besuch beim Beratungszentrum Ophelia in Langenhagen
- 10 Besuch bei der AWO Frauenberatung in Barsinghausen
- 11 Besichtigung des Behelfskrankenhauses auf dem Messegelände
- 12 SPD-Regionsfraktion vor Ort: Besuch in Barsinghausen
- 13 Besuch bei der JA-Gastechologie GmbH in Burgwedel

Die Fotos sind im gesamten Jahr 2020 entstanden.
Es galten also zu unterschiedlichen
Zeitpunkten unterschiedliche
Hygienebedingungen.



Impressum

Herausgeberin:
SPD-Regionsfraktion Hannover
Hildesheimer Straße 20 | 30169 Hannover
fon: 0511/616 - 22192
eMail: spd@regionsversammlung.de
www.spd-regionsfraktion-hannover.de

Verantwortlich:
Silke Gardlo | Fraktionsvorsitzende

Bildnachweise:
Alle Porträtaufnahmen: Rechte bei den Abgebildeten | Fotos:
Blickpunkt Photodesign, Bödeker
S. 6 Strom-Spar-Check: AWO | Christian Degener
Alle weiteren Fotos: SPD-Regionsfraktion Hannover

